

# Geschlecht als Ordnungskategorie in Diskursen um Islamismus

## Das Beispiel der britischen „Prevent“ Strategie

Catharina Peeck

*Beitrag zur Veranstaltung »Geschlecht als globale Ordnungskategorie« der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung*

## Konstruktionen muslimischer Frauen und Diskurse um islamistischen Terrorismus

Geschlechterzuschreibungen spielen in aktuellen Sicherheitsdiskursen eine wichtige Rolle. Besonders wenn es um den so genannten islamistisch motivierten Terrorismus geht, ist Geschlecht eine zentrale Differenzkategorie. Muslimische Frauen erscheinen in transnationalen Diskursen um Islamismus oftmals zugleich als Opfer patriarchaler Verhältnisse, die es zu schützen gilt, und als potenzielle Terroristinnen (unser anderem: Ahmad 2010; Riley 2013; Zine 2007). Damit in Verbindung stehen Narrative, die diese unterschiedlichen Konstrukte nutzbar machen, um darüber Zugehörigkeiten zu definieren:

„The story of women in the war on terror is told by the media preoccupied with drawing lines between ‘us’ and ‘them’ in order to shape an enemy. This enemy is gendered and raced yet is abstruse. In order to create and maintain it, then, a complicated endeavour must be engaged so that the enemy can become immediately recognizable. As part of this effort, people of various religions and nationalities are lumped under one rubric (Arab), one religion (Islam), and one practice (terror).“ (Riley 2013: 2)

Die Autorin beschreibt eine Homogenisierung all jener, die mit dem Islam assoziiert werden und die im Rahmen aktueller Grenzziehungsprozesse eine wichtige Rolle spielen. Obwohl einzuwenden ist, dass unter anderem die Kriege in Syrien und im Irak oder die Anschläge in Europa in den vergangenen Jahren darauf verweisen, dass diese Vereinfachung nicht nur irreführend ist, sondern darüber hinaus auch verdeckt, dass insbesondere Muslim/-innen die Opfer von Islamismus sind, sind die von ihr beschriebenen Konstruktionen dennoch enorm wirkmächtig. Darauf weisen unter anderem die regelmäßig in den europäischen Medien geführten Debatten um die Kleidung muslimischer Frauen hin (Afshar 2008). Großbritannien galt mit seiner fortschrittlichen Antidiskriminierungspolitik lange Zeit als besonders freundlich gegenüber Minderheiten. Dieses Bild hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt und einen Rassismus offenbart, der im Besonderen Muslim/-innen betrifft (Kundhani 2007). Dabei fungieren oftmals muslimische Frauen als Trägerinnen der Konstruktion des Anderen:

“Sadly women have become the often unwilling standard bearers of otherization. The impact has been disproportionate, not only on these women, but also on the community of Muslims who have been otherized as a group, regardless of whether or not they are believers or practising Muslims. Islam as a faith has been slowly, but irrevocably, redefined not only as alien but it also has been equated with fear and terrorism. As an identity the faith has been categorized as synonymous to a threat against the West and its culture.” (Afshar 2013: 17–18)

Vor diesem Hintergrund entstehe ein Klima der Angst, dass unter anderem das Erstarken neurechter Bewegungen zur Folge habe (Afshar 2013: 18). Die Autorin verweist in ihren Aufsätzen auf Zuschreibungsmuster, die Kontinuitäten zu kolonialen Diskursen nur auf den ersten Blick überwunden haben (Afshar 2008, 2013). Wichtig ist es in diesem Zusammenhang zu betonen, dass der Glaube im Rahmen dieser Diskurse eine untergeordnete Rolle spielt. Im Vordergrund steht die Markierung als muslimisch und damit die Fremdzuschreibung. Sie stellt die Grundlage für die Homogenisierung von Muslim/-innen in Großbritannien dar.

Die hier skizzierten Konstruktionen finden sich in politischen Debatten und damit verbundenen Maßnahmen wieder. Ein Beispiel dafür ist die britische „Prevent“ Strategie. Als Teilbereich der Antiterrorstrategie CONTEST wurde sie vor dem Hintergrund der Diskurse um Islamismus implementiert. Diese haben im britischen Kontext speziell seit den Anschlägen in London im Juli 2005 an Bedeutung gewonnen. Das Ziel von „Prevent“ ist es, Anschläge im Inland zu verhindern indem Radikalisierungsprozesse bei Einzelnen frühzeitig erkannt und gestoppt werden. Darüber hinaus soll im Rahmen von Maßnahmen sozialer Arbeit Aufklärung stattfinden und eine größere Einbindung von Gruppen erreicht werden, die bisher wenige Partizipationsmöglichkeiten besaßen: Besonders muslimische Frauen und Jugendliche sind insofern, gerade in den Anfangsjahren der Strategie, als Zielgruppen identifiziert worden. Im Rahmen des Programms kooperieren Bildungseinrichtungen, Wohlfahrtsorganisationen, Träger Sozialer Arbeit und lokale Verwaltungen mit den Polizeibehörden. Die Kooperation zwischen Sicherheitskräften, Behörden und Jugend- oder Frauenorganisationen spielt hier eine wichtige Rolle. Weiterhin wurde die Gründung und Vernetzung von muslimischen Frauenorganisationen unterstützt oder in Einzelfällen sogar durch die Behörden initiiert<sup>1</sup>. Das Empowerment von Frauen, so eine Kalkulation von „Prevent“ Maßnahmen, kann dazu beitragen Radikalisierungsprozesse zu verhindern, entweder weil Frauen dann eher bereit seien mit den Sicherheitsorganen zusammen zu arbeiten oder weil sie selbst einen Einfluss auf soziale Konflikte innerhalb der Communities ausüben können. So versuchen Behörden und politische Entscheidungsträger\_innen muslimische Frauen in den Kampf gegen Terrorismus einzubeziehen, um mit ihrer Hilfe soziale Konfliktlagen zu entschärfen und Gefahren zu identifizieren. Hier zeigt sich die enge Verzahnung der Diskurse um Sicherheit mit Fragen von Zugehörigkeit und der sozialen und ökonomischen Situation in Großbritannien. Muslimische Aktivistinnen und Frauenorganisationen befinden sich in einem Dilemma: Sie stehen diesem Anliegen oftmals kritisch gegenüber, profitieren aber zugleich von den Ressourcen, die im Rahmen der Strategie zugänglich gemacht werden. Es existieren verschiedene Strategien des Umgangs, die auf ein durchaus umstrittenes Feld hinweisen.

In diesem Aufsatz wird die Frage aufgeworfen, wie Geschlecht als Ordnungskategorie in die Strategie und damit verbundene Maßnahmen eingeschrieben wird. Weiterhin geht es darum welche Wir-

---

<sup>1</sup> Beispiele hierfür sind die 2008 gegründete Muslim Women’s Advisory Group, deren Zielsetzung darin bestand Vernetzungsprozesse auf nationaler Ebene zu fördern und das Project Shanaz, bei dem es um die Einbindung muslimischer Frauen in die „Prevent“ Strategie geht.

kungsweisen aus Sicht muslimischer Frauenorganisationen damit verbunden sind. Sie können über den britischen Kontext hinaus Hinweise darauf geben, welche Dynamiken die Anrufung als „muslimische Frau“ im Kontext von Diskursen um Islamismus mit sich bringt, aber auch wie sich ein staatlich initiiertes Empowerment auf Selbstorganisierung auswirken kann. Das beinhaltet auch die Diskussion der Dynamiken von Abgrenzung, die über Fremd- und Selbstzuschreibungen im Rahmen des Programms wirksam werden. Sie betreffen, wie bereits skizziert wurde, Muslim/-innen generell, besonders aber muslimische Frauen als Zielgruppe von „Prevent“ Maßnahmen.

Zunächst wird die „Prevent“ Strategie, insbesondere im Hinblick auf zentrale Aspekte der damit verbundenen Konstruktionen von muslimischen Frauen, vorgestellt. Es wird gezeigt, inwieweit Geschlecht als Kategorie von Zuschreibungsmustern eine Rolle spielt. Darauf folgt die Auseinandersetzung mit den Positionierungen muslimischer Frauenorganisationen und ihren Interventionen in dieses sehr widersprüchliche diskursive Feld. Zum Ende werden Schlussfolgerungen in Hinblick auf die Wirkungsweisen von „Prevent“ gezogen.

## Konstruktionen muslimischer Frauen im Rahmen der „Prevent“ Strategie

Bei der „Prevent“ Strategie handelt es sich um einen von vier Teilbereichen der britischen Antiterrorstrategie CONTEST (Home Office 2011a). Während sich die Bereiche „Pursue“, „Prepare“ und „Protect“ damit befassen, den Schutz vor Anschlägen zu erhöhen, diese im Fall, dass sie stattfinden, zu beenden und ihre Auswirkungen zu minimieren (Home Office 2011a: 6), fokussiert „Prevent“ auf Radikalisierungsprozesse: *“The Prevent strategy, launched in 2007, seeks to stop people becoming terrorists or supporting terrorism. It is the preventative strand of the government’s counter-terrorism strategy CONTEST”* (UK Parliament 2011). Mit diesem Ziel arbeiten staatliche Behörden mit unterschiedlichen Trägern aus den Bereichen Bildung, der Selbstorganisierung von Minderheiten und Soziale Arbeit zusammen. „Prevent“, so schreibt der Erziehungswissenschaftler Paul Thomas, hat dabei Einfluss weit über den britischen Kontext hinaus ausgeübt:

“Prior to the 7/7 attacks of July 2005 outlined above, Prevent had been the least developed of the four CONTEST strands but, for one commentator, ‘over the course of the following five years, Prevent became the world’s most extensive counterradicalisation policy.’ It has subsequently been replicated significantly in policies developed by Denmark, Australia and Canada, and influenced the development of similar initiatives in Germany, Sweden and the USA.” (Thomas 2012: 15)

Im Jahre 2011 wurde die aktuelle überarbeitete „Prevent“ Strategie eingeführt, die den Fokus im Gegensatz zu den zwei Vorgängern aus den Jahren 2007 und 2009 ausweitete. Während zuvor vor allem Muslim/-innen im Zentrum von „Prevent“ standen, werden seither, zumindest in der Theorie, weitere Formen von Radikalisierung einbezogen. Darunter wird insbesondere Rechtsextremismus genannt (Home Office 2011b: 3). Gleichwohl wird islamistischer Terrorismus nach wie vor als wichtigste Bedrohung eingestuft, so dass die Ausweitung der Zielgruppen nicht zu einem kritischeren Umgang mit den durch „Prevent“ bedingten Stigmatisierungsprozessen geführt hat. „Prevent“ teilt sich in unterschiedliche Bereiche auf. Ein wesentlicher Aspekt ist die Polizeiarbeit, die vorwiegend Überwachungsmaßnahmen beinhaltet und sich unter anderem in der Installation von Kameras an öffentlichen Plätzen spiegelt. Im Zentrum stehen hier Maßnahmen, die auf lokaler Ebene stattfinden und die Kooperation von Kommunen mit den ansässigen Communities beinhalten. Zu diesem Zwecke wurden im Jahr 2011

25 als *priority areas* eingestufte Gebiete geschaffen, in denen Maßnahmen von der lokalen Verwaltung koordiniert werden. Die Budgets für die gesamte Strategie verdeutlichen den Einfluss der Strategie: Sie liegen jährlich bei etwa 35–40 Millionen Pfund, von denen nach Aussage des britischen Innenministeriums circa fünf Millionen Pfund für die Arbeit auf lokaler Ebene vorgesehen sind.<sup>2</sup>

Muslimische Frauen wurden insbesondere in den ersten Jahren der „Prevent“ Strategie als potenzielle Partnerinnen des Staates im Kampf gegen Terrorismus adressiert. Für sie werden bis heute spezielle Empowerment Trainings konzipiert, die mit „Prevent“ Geldern finanziert werden. Darüber hinaus unterstützt die britische Regierung Vernetzungsprozesse von Frauenorganisationen und rief 2008 die Muslim Women Advisory Group ins Leben, die auf nationaler Ebene die Interessen von muslimischen Frauen vertreten sollte, jedoch nach kurzer Zeit scheiterte. Die diesen Maßnahmen zugrunde liegende Vorstellung muslimischer Frauen wird im folgenden Zitat verdeutlicht:

"As mothers, daughters, sisters, wives they bind their families together. As local leaders they make their communities stronger. (...) Muslim women have a unique moral authority at the heart of families to influence challenge the false and perverted ideology spread by extremists and give our young people the skills and knowledge to turn their backs on hate." (Department for Communities and Local Government 2007)

Es ist zu beachten, dass Frauen in Zitaten wie diesen nicht nur spezifische Rollen innerhalb der Familie und der Community zugeschrieben werden. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass sie naturgegeben moderat eingestellt und folgerichtig als Partnerinnen des Staates im Kampf gegen Terrorismus geeignet sind. Diese Vorstellung wurde von unterschiedlichen Seiten kritisiert. Es kann hervorgehoben werden, dass der „radikal versus moderat“ Dualismus, der „Prevent“ zu Grunde liegt, zumindest in den Anfangsjahren eng mit Konstruktionen von Geschlecht verknüpft war (siehe auch: Brown 2013). Obwohl muslimische Frauen seit 2011 nicht mehr ausdrücklich als Zielgruppe vorkommen, kann festgestellt werden, dass die Strategie weiterhin mit Selbst- und Fremdzuschreibungen operiert, die mit spezifischen Wertvorstellungen verknüpft werden:

„Challenging ideology is also about being confident in our own values—the values of democracy, rule of law, equality of opportunity, freedom of speech and the rights of all men and women to live free from persecution of any kind.“ (Home Office 2011b: 34)

Der Bezug auf ein „Wir“ in der Formulierung „unsere Werte“ wird vor dem Hintergrund der seit einigen Jahren andauernden Debatten um „britische“ Werte verständlich. Sie bleibt bis heute, beispielsweise in den Auseinandersetzungen um den Austritt Großbritanniens aus der EU, aktuell. Die Verweise auf Chancengleichheit, Demokratie und rechtliche Gleichheit werden im Rahmen dieser Diskurse als legitimes Gegenmodell zum Islamismus konstruiert, der die potenzielle oder tatsächliche Bedrohung darstellt. Dies bedeutet in vielen Fällen, dass Differenzen, die sich nicht über die Linie „Wir“ versus „die anderen“ erklären lassen, hier dethematisiert werden. Konkret wurde diese Problematik in der Diskussion um die Frage, welche muslimischen Organisationen „Prevent“ Gelder bekommen können und welche als Gefahr eingestuft werden, weil sie einen streng ausgelegten Islam praktizieren.<sup>3</sup>

Zusammengefasst beinhaltet die Neuausrichtung der Strategie im Jahr 2011, dass Frauen nicht mehr eine ausdrückliche Zielgruppe von „Prevent“ genannt werden. Gleichzeitig kann festgestellt wer-

<sup>2</sup> Diese Zahlen stammen aus einem Antwortschreiben auf eine Anfrage an das britische Innenministerium vom Frühjahr 2015.

<sup>3</sup> Eine Beschreibung dieser Debatte findet sich unter anderem im Buch von Paul Thomas (Thomas 2012: 91).

den, dass Empowerment Trainings für muslimische Frauen auch nach 2011 noch eine Rolle spielen. So setzt beispielsweise die Londoner Organisation Inspire auch nach 2011 noch Workshops um, die über „Prevent“ Gelder finanziert werden (Inspire 2013). Darüber hinaus hat es weitere Versuche von Behörden gegeben, muslimische Frauen in den Kampf gegen Terrorismus einzubinden. So wurde 2012 das Projekt Shanaaz von der Association of Chief Police Officers (ACPO, mittlerweile abgelöst durch das National Police Chiefs Council (NPCC)) ins Leben gerufen. Ziel des Projektes ist es muslimische Frauen zu motivieren sich in Kooperation mit den Behörden gegen Extremismus zu engagieren. Obwohl der Erfolg dieser Initiativen durchaus umstritten ist, zeigt sich, dass kaum grundlegende Änderungen in Bezug auf die damit verbundenen Konstruktionen zu beobachten sind. Die Kritik daran hat offenbar zu einer Dethematisierung und nicht zur Abschaffung homogenisierender Konstruktionen von Geschlecht im Rahmen der Diskurse um Terrorismus und Sicherheit in Großbritannien geführt. Die Konstruktionen muslimischer Frauen, wie sie vor 2011 sehr explizit waren, stellen nach wie vor eine Basis auf der Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

## Muslimische Frauenorganisationen und die „Prevent“ Strategie

Die oben skizzierten Tendenzen im Umgang mit muslimischen Frauen und die hohen Beträge, die im Rahmen von „Prevent“ für Maßnahmen zur Verfügung gestellt wurden, werfen die Frage auf, inwieweit die Strategie Einfluss auf den Aktivismus muslimischer Frauen und Strukturen von Selbstorganisation besitzt. „Prevent“ richtet sich ausdrücklich an Organisationen und nicht an Einzelpersonen (Department for Communities and Local Government 2008). Im Rahmen der Forschung, die ich hier vorstellen möchte, standen besonders Organisationen im Fokus, die in ihrer Selbstbeschreibung die Kategorie „Muslim woman“ in den Vordergrund rücken. Damit unterscheiden sie sich von anderen Minderheitenorganisationen, die Nationalität, ethnische Zuschreibungen oder Erfahrungen von Rassismus zur Grundlage von Organisationsprozessen machen. Obwohl durchaus Organisationen existieren, die die genannten Kategorien in den Vordergrund stellen und sich gleichzeitig im Dachverband muslimischer Frauenorganisationen Muslim Women’s Network UK engagieren, ist zu beobachten, dass die Kategorie „Muslim women“ in den vergangenen Jahren vermehrt zum Bezugspunkt der Selbstorganisation von Frauen geworden ist. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit diese Entwicklung mit „Prevent“ Geldern in Verbindung steht, die speziell an muslimische Frauenorganisationen verteilt werden sollten.

Die folgenden Ergebnisse stammen aus der Analyse von Interviews, die im Jahr 2013 mit Vertreterinnen muslimischer Frauenorganisationen geführt wurden und einer Analyse von Dokumenten, die seit 2003 von Frauenorganisationen veröffentlicht wurden. Sie stellen einen Teilbereich der Ergebnisse meiner Doktorarbeit dar, in der die Aushandlung von Citizenship im Rahmen von „Prevent“ untersucht wurde. Im Hinblick auf den Umgang mit „Prevent“ ist ein Aspekt besonders auffällig: Muslimische Frauenorganisationen schätzen den Einfluss von „Prevent“ sehr unterschiedlich ein. Daraus entstehen Konflikte untereinander, in deren Rahmen auch Prozesse der Delegitimierung anderer Umgangsweisen mit der Strategie deutlich werden. Grundsätzlich erscheint das Feld von Frauenorganisationen im Hinblick auf den Umgang mit „Prevent“ äußerst disparat. Im Gegensatz dazu finden sich beispielsweise in Hinblick auf die Themenfelder, die von Frauenorganisationen bearbeitet werden, oder der Annahme einer Notwendigkeit von Vernetzungsmaßnahmen untereinander tendenziell ähnliche Positionen.

Diese Vielfalt spiegelt sich in den folgenden Zitaten, die das Spektrum abstecken, in dem sich Frauenorganisationen in Hinblick auf „Prevent“ positionieren. Sehr häufig wird die Befürchtung artikuliert,

dass die Strategie in erster Linie Mütter anspreche, die für Überwachungsmaßnahmen nutzbar gemacht werden sollen. Das folgende Zitat aus einem Interview, das im November 2013 geführt wurde, illustriert diese Position: *„I went to a police meeting and they said ‚You know, as mothers you should go and inspect your children’s pockets and see what they are up to, see if they are into terrorism‘. But anyway the point is that they wanted us to spy on our children.“* (Interview mit Banan, 2013) Die Aussage stammt von einer Aktivistin, die bereits seit Beginn der 1980er Jahre und damit im Kontrast zu anderen Interviewten sehr lange im Feld aktiv ist. Sie betrachtet die Entstehung neuer muslimischer Frauenorganisationen mit Skepsis und stellt heraus, dass viele dieser Organisationen erst durch „Prevent“ Gelder entstanden und mit dem Auslaufen dieser Gelder wieder verschwunden seien. Die von ihr im Zitat geäußerte Annahme, dass die Strategie nur vordergründig dem Empowerment muslimischer Frauen diene und tatsächlich eine Überwachungsmaßnahme darstelle, wird allerdings von unterschiedlichen Organisationen und Aktivistinnen benannt, die die Arbeit mit „Prevent“ ablehnen. Mit der Einführung der neuen Strategie, die die Entkoppelung von „Prevent“ Maßnahmen und Sozialer Arbeit zum Zwecke der Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts beinhaltet, hat sich zwar die Anzahl von „Prevent“ Maßnahmen für muslimische Frauen verringert, die Projekte, die existieren, sind allerdings viel ausdrücklicher mit dieser Zielsetzung verbunden. Dagegen stellen Aktivistinnen, die die Strategie als Ausgangspunkt für Aktivismus und Chance für muslimische Frauenorganisationen betrachten, ganz andere Aspekte in den Vordergrund. Der folgende Ausschnitt aus einem Interview, das ebenfalls zu Ende des Jahres 2013 geführt wurde, illustriert eine solche Position:

“Interviewer: Do you think that "Prevent" changed the conditions of Muslim women's activism in the UK?

Djamila: I think it DID. I think it was just what we needed, because from my point of view Muslim women were just ignored totally. And there were a lot of issues that just weren't addressed, so 'Prevent' gave us a platform really." (Interview mit Djamila, 2013)

Die Interviewpartnerin betont, dass „Prevent“ wichtige Themen auf die Tagesordnung gebracht und ihre Sichtbarkeit erhöht habe. Ihre Position verweist auf Konflikte innerhalb muslimischer Communities, die in Verbindung zur britischen Minderheitenpolitik stehen. Der staatliche Versuch Repräsentationsstrukturen auf Community Ebene zu etablieren und auf diese Weise Ansprechpartner/-innen zu generieren, resultierte oftmals nicht in gesteigerten Partizipationschancen für muslimische Frauen. Die Religionswissenschaftlerin Sophie Gilliat-Ray führt dies auf die strukturellen Bedingungen politischer Teilhabe in Großbritannien und auf die Praxen innerhalb der Communities zurück:

„ ... women’s organizations engaged in social action often faced dual resistance, both from conservative male community leaders, and from a state apparatus that often endorsed these community leaders and therefore resisted the funding of women’s activism.“ (Gilliat-Ray 2010: 217)

Die Autorin bezieht sich im Zitat auf die Arbeiten von Burlet und Reid, die bereits in den 1990er Jahren aufgezeigt haben, inwieweit die auf die Community fokussierten Repräsentationsstrukturen in Verbindung zu Geschlechter- und Generationenkonflikten standen (Burlet, Reid 1996, 1998). Mit „Prevent“ wurde also nicht nur versucht Terrorismus zu verhindern. Gleichzeitig knüpft die Strategie an bestehende Konflikte um Repräsentationsstrukturen in Communities an und es wird versucht, die Einbindung muslimischer Frauen in diese Strukturen zu verstärken. Diese Verbindung unterschiedlicher Intentionen beruht nicht zuletzt auf den Forderungen, die von muslimischen Frauen 2005 im Grundsatzzpapier *„Preventing Extremism Together. Working Groups“* (Home Office 2005) formuliert wurden. Gleichzeitig fördert sie die diskursive Verknüpfung von Fragen der Sicherheit, des Zusammenhalts in



stehen Organisationen, die die Verwendung von „Prevent“ Geldern ausdrücklich ablehnen und es vorziehen mit geringeren Budgets zu arbeiten und Organisationen, die einen großen Teil ihrer Arbeit darüber finanzieren. Es zeigt sich, wie disparat das Feld muslimischer Frauenorganisationen im Umgang mit „Prevent“ ist. Eine Folge ist, dass viele Organisationen Vernetzungsprozessen untereinander zwar verstärken wollen, dieses Anliegen aber nur begrenzt realisiert wird.

## Schluss

Die britische Antiterrorstrategie ist ein Beispiel für die Nutzbarmachung von Geschlechterzuschreibungen im Rahmen von Diskursen um Sicherheit und Radikalisierung. Die Dichotomisierung von muslimischen Frauen und Männern anhand der Linie „moderat“ versus „extremistisch“ wird speziell in den Anfangsjahren der Strategie sehr deutlich. Obwohl sie seit 2011 nicht mehr Bestandteil von Strategiepapieren ist, weisen Maßnahmen, die muslimische Frauen zur Zielgruppe haben, dennoch darauf hin, dass Geschlecht hier nach wie vor als Ordnungskategorie fungiert. So finden sich Konstruktionen muslimischer Frauen – insbesondere muslimischer Mütter – als potenziell mäßigender Einfluss auf ihre männlichen Verwandten und als Helferinnen des Staates im Kampf gegen Terrorismus. Es handelt sich um ein Beispiel für Diskurse, die Kontinuitäten zu kolonialen Zuschreibungen besitzen und in denen Muslim/-innen in Großbritannien als Fremde konstruiert werden, wobei muslimischen Frauen eine andere Rolle zugeschrieben wird als muslimischen Männern (Afshar 2013).

Muslimische Frauenorganisationen, denen als Partnerinnen des Staates im Rahmen von „Prevent“ eine wichtige Rolle zukommt, sind sich dieser Problematik bewusst und haben unterschiedliche Strategien im Umgang damit entwickelt. Die sehr disparaten Positionierungen von Frauenorganisationen spiegeln deren Dilemma: Einerseits ermöglicht die Strategie Aktivismus indem Gelder zur Verfügung gestellt werden, andererseits werden Maßnahmen und Empowerment in den Dienst der Auseinandersetzung mit Terrorismus gestellt. Die Verknüpfung von Sicherheit, sozialem Zusammenhalt, Gleichstellung und Minderheitenpolitik, die im Rahmen von „Prevent“ stattfindet, führt zu einer Polarisierung. Ein Empowerment im Sinne von Selbstermächtigung und Solidarisierung kann aus diesem Grund nur in Abgrenzung zur Strategie stattfinden.

In neuerer Zeit rücken zudem die so genannten *jihadi brides*, also junge Frauen, die vorwiegend nach Syrien und in den Irak ausreisen, um sich dort dem IS anzuschließen, in den Mittelpunkt des Interesses. Sie weisen einerseits darauf hin, dass die mit „Prevent“ verbundenen Annahmen über muslimische Frauen irreführend sein können, sind aber nichtsdestotrotz mit expliziten Geschlechterzuschreibungen verbunden. So deutet sich an, dass auch hier die Kategorie Geschlecht eine herausragende Rolle spielt, die es zu untersuchen und kritisch zu hinterfragen gilt. Darüber hinaus ist ein großer Teil der Daten, die den hier vorgestellten Ergebnissen zu Grunde liegen, im Herbst 2013 erhoben worden. In dieser Zeit lagen die letzten größeren Anschläge in Europa bereits einige Jahre zurück und so wurde „Prevent“ von vielen Beobachter/-innen als Randphänomen wahrgenommen. Angesichts der neueren Entwicklungen, sowohl in Europa als auch im Irak und in Syrien, ist die Prävention von islamistischem Terrorismus wieder verstärkt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Die Verknüpfung von Sicherheit, sozialem Zusammenhalt und Minderheiten- bzw. Einwanderungspolitik hat sich, aller kritischer Interventionen zum Trotz, verstärkt. So ist es durchaus wahrscheinlich, dass viele der sehr kritischen Positionen aus der Zeit um 2013 heute anders formuliert werden würden.

Es bleibt festzuhalten, dass Antiterrormaßnahmen, die die Kategorie Geschlecht in der hier beschriebenen Weise in den Fokus rücken, Gefahr laufen, die Tendenzen, die sie bekämpfen wollen, zu



stärken. Ein Gegenmodell wäre die Förderung gleichstellungspolitischer Maßnahmen, die *nicht* mit Sicherheitsfragen in Verbindung stehen. Obwohl der Fokus von „Prevent“ seit 2011 nicht mehr auf Frauen gelegt wird und dies als Schritt in diese Richtung gewertet werden könnte, zeigt sich bei näherem Hinsehen, dass die damit verbundenen Konstruktionen nach wie vor eine Rolle spielen. Sie bleiben implizit als Grundlage für Maßnahmen erhalten und sprechen aus diesem Grunde für die weitere Beobachtung der „Prevent“ Strategie.

## Literatur

- Afshar, H. 2008: Can I see your hair: choice, agency and attitudes. The dilemma of faith and feminism for Muslim women who cover. *Ethnic and Racial Studies*, Vol. 31, Issue 2, 411–427.
- Afshar, H. 2013: The politics of fear: what does it mean to those who are otherized and feared? *Ethnic and Racial Studies*, Vol. 36, Issue 1, 9–27.
- Ahmad, F. 2010: The London bombings of 7/7 and Muslim women in Britain: Media representations, mediated realities. In F. Shirazi (ed.), *Images of Muslim women in war and crisis*. Austin: University of Texas Press.
- Brown, K. 2013: *Gender, Prevent and British Muslims*. Publicspirit. Bristol: University of Bristol, <http://www.publicspirit.org.uk/gender-prevent-and-british-muslims-2/> (Accessed 15. October 2016).
- Burlet, S., Reid, H. 1996: Riots, representation and responsibilities. The role of young men in Pakistani-heritage Muslim communities. In W. Shadid, S. van Koenigsveld (eds.), *Political participation of Muslims in non-Muslim states*. Kampen: Kok Pharos Publishing House, 144–159.
- Burlet, S., Reid, H. 1998: A gendered uprising: Political representation and minority ethnic communities. *Ethnic and Racial Studies*, Vol. 21, Issue 2, 270–287.
- Department for Communities and Local Government 2007: Muslim women to advise government on preventing violent extremism. <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20120919132719/http://www.communities.gov.uk/news/corporate/554064> (Accessed 17. September 2016).
- Department for Communities and Local Government 2008: Preventing violent extremism. Community leadership fund guidance. <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20120919132719/www.communities.gov.uk/documents/communities/pdf/742604.pdf> (Accessed 29. December 2016).
- Gilliat-Ray, S. 2010: *Muslims in Britain. An introduction*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Home Office 2005: 'Preventing Extremism Together'. Working Groups, [http://wnc.equalities.gov.uk/publications/doc\\_details/240-preventing-extremism-2005-home-office-report.html](http://wnc.equalities.gov.uk/publications/doc_details/240-preventing-extremism-2005-home-office-report.html) (Accessed 29. December 2016).
- Home Office 2011a: CONTEST. The United Kingdom's strategy for countering terrorism. London: The Stationary Office, <https://www.gov.uk/government/publications/counter-terrorism-strategy-contest> (Accessed 29. December 2016).
- Home Office 2011b: The Prevent strategy. <https://www.gov.uk/government/publications/prevent-strategy-2011> (Accessed 12. December 2016).
- Inspire 2013: Empowering women challenging extremism, training programme. In partnership with Wandsworth Council. <http://www.wewillinspire.com/empowering-women-challenging-extremism-training-programme-in-partnership-with-wandsworth-council/> (Accessed 8. December 2016).

- Keller, R. 2005: Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keller, R. 2011: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kundnani, A. 2007: Integrationism: The politics of anti-Muslim racism. *Race & Class*, Vol. 48, Issue 4, 24–44.
- Riley, R. L. 2013: *Depicting the veil. Transnational sexism and the war on terror*. London: Zed Books.
- Thomas, P. 2012: *Responding to the threat of violent extremism. Failing to Prevent*. London: Bloomsbury.
- UK Parliament. 2011: *Statement on Prevent strategy for counter-terrorism*.  
<http://www.parliament.uk/business/news/2011/june/statement-on-prevent-strategy/> (Accessed 8. December 2016).
- Zine, J. 2007: *Between orientalism and fundamentalism: Muslim women and feminist engagement*. In K. Hunt, K. Rygiel (eds.), *(En)gendering the war on terror. War stories and camouflaged politics*. Ashgate: Burlington and Aldershot, 27–50.